

Letzter Kreistag vor der Sommerpause

Obwohl die Kreistage in den anderen Kreisen in Schleswig-Holstein bereits in Präsenz tagten, waren die Fraktionen im Pinneberger Kreistag sich einig, zumindest bis zur Sommerpause nicht auf die Möglichkeit der Videokonferenz zu verzichten. Grund dafür war die zu diesem Zeitpunkt immer noch höhere Inzidenz als in den anderen Kreisen. Aber auch die Tatsache, dass noch nicht alle Abgeordneten und Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeimpft waren, und dass es zahlreiche vulnerable Personen und auch jüngere Abgeordnete im Kreistag gibt, die überhaupt noch nicht geimpft sind, war ausschlaggebend für die Entscheidung, besser vorsichtig zu bleiben. Dennoch gab es eine lebhafte Sitzung. Burkhard E. Tiemann, dienstältester CDU-Abgeordneter, konnte sich nicht erinnern, dass es in den letzten 28 Jahren jemals so viele Wortmeldungen zu einem Tagesordnungspunkt gegeben habe wie bei dem CDU-Antrag, der von der Verwaltung verständliche Behördensprache einforderte. Neben der auf den folgenden Seiten ausführlich beschriebenen Debatte dazu gab es noch eine weitere mit gebremstem Schaum zu einer Resolution, die bereits im Fachausschuss abgelehnt worden war und von der SPD wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dabei ging es darum, dass das Land Schleswig-Holstein aufgefordert werden sollte, die Sanierung von Radwegen an Landesstraßen nicht länger an die Sanierung der Fahrbahn zu koppeln. Das aber würde bedeuten, eine eigentlich sinnvolle und pragmatische Regelung aufzuheben, obwohl es zur Folge hätte, dass bei einer getrennten Sanierung von Radweg und Fahrbahn mehrfach die Straßen aufgerissen werden würden.

Das Argument, dass Ausnahmen von der aktuell gängigen Praxis durchaus möglich seien, wie die erfolgreiche Resolution zur Sanierung des maroden Radwegs an der L 107 zeigte, wollten SPD, Linke und AfD nicht gelten lassen. Hannes Birke (SPD) behauptete, die Resolution habe eine neue Zielsetzung. Auf Kreisebene würden sich die Grünen aber nicht an die Zielsetzung von Anna Lena

Baerbock halten. Torsten Hauwetter, fachpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr erklärte, dass es grundsätzlich richtig sei, den Ausbau von Straßen und Radwegen zeitgleich zu machen. Aber wenn es unbedingt erforderlich sei, einmal einen Radweg zu sanieren, dann sei



das auch möglich. Er kündigte an, dass die CDU die Resolution natürlich ablehnen werde, da sie absolut kontraproduktiv sei.

Burkhard E. Tiemann (CDU) mutmaßte, dass der Landtagswahlkampf wohl schon eröffnet sei. „Die drei Jamaika-Fraktionen lehnen die Resolution ab, aber alle anderen, die in Kiel nicht mitspielen dürfen, sind dafür.“

Einen ganz neuen Stil kreierte übrigens der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung, Thomas Grabau (Grüne), der den TOP 14 – Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes – einbrachte, indem er den Tagesordnungspunkt und den Beschlussvorschlag vorlas und anschließend um Zustimmung bat. Kein Wort zum Thema oder zum Verlauf oder zum Abstimmungsverhalten im Fachausschuss.



Sonja Wehner

Aus Anlass des Berichts des Behindertenbeauftragten bedankte sich Sonja Wehner im Namen der CDU-Fraktion bei diesem ausdrücklich. Er habe sehr gut sein Netzwerk sichtbar gemacht. Sie bestärkte Axel Vogt darin, dass wir künftig einen stärkeren Austausch brauchen würden.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

Obwohl nur wenige strittige Punkte auf der Tagesordnung der letzten Kreistagsitzung vor der Sommerpause standen, kann man durchaus von einer turbulenten Sitzung sprechen. Insbesondere die vielen unterschiedlichen Möglichkeiten des „Genderns“ standen in der Kritik oder wurden vehement verteidigt. CDU, FDP, AfD, BM und die fraktionslosen Abgeordneten lehnen das Gendern ab. SPD, Linke und Grüne befürworteten es. Dabei ist noch nicht einmal sicher, dass Rot/Rot/Grün den Antrag geschlossen ablehnen werden, wenn er im Hauptausschuss wieder auf das Tableau kommt. Zumindest der Abgeordnete Jahnke (SPD) hat sich in der Debatte gegen das Gendern ausgesprochen (siehe S. 4). Jedoch sollten trotz aller unterschiedlicher Auffassungen einige Abgeordnete ihren Umgang miteinander überdenken. Wenn eine Fraktion einen Antrag stellt, sollte es guter Brauch sein, sich damit auseinanderzusetzen, anstatt die Antragsteller zu beschimpfen. Dieser Newsletter berichtet ausführlich über den CDU-Antrag.

Deshalb bleibt mir nur, Ihnen allen erholsame Urlaubstage und gute Erholung zu wünschen. Hoffen wir, dass die Entwicklung der Corona-Krise es erlaubt, dass wir nach der Sommerpause wieder in Präsenz tagen können.

Mit herzlichen Grüßen, Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Rede im Kreistag von Martin Balasus über Behördensprache

Sehr geehrter Herr Kreispräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, in den unzähligen Stunden, in denen ich regelmäßig über den Aufsatzheften meiner Schülerinnen und Schüler brüte, habe ich eine wesentliche Erkenntnis gewonnen: „Deutsche Sprache – schwere Sprache!“

Mitunter stellen Behördenschreiben oder „Beamtenprech“ (ich darf das mal so sagen, schließlich bin ich ja selbst einer) eine ganz besondere Herausforderung für viele Menschen dar: Sei es durch einen zu langen oder komplexen Satzbau, durch komplizierte Fachtermini oder Fremdwörter. Genau dies beeinträchtigt aber die zentrale Funktion von Sprache: Sprache dient dem Austausch von Informationen oder schlicht der Kommunikation – sie soll also möglichst von jedem verstanden werden.

Aus diesem Grund beantragen wir als CDU-Fraktion, dass sich die Verwaltung zukünftig in sämtlichen Behördentexten (Mitteilungen, Dokumenten, Vordrucke, Formulare und auf dem Internetauftritt) einer möglichst einfachen, allgemeinverständlichen Sprache bedient.

Ich bin mir bewusst, dass das nicht von heute auf morgen geht. Es werden nicht urplötzlich alle Vordrucke neu überprüft und gestaltet sein. Aber es soll ein Umdenken stattfinden, ein Prozess soll in Gang gesetzt werden, man soll sich des Problems der häufig zu komplizierten Behördensprache bewusst werden. Und dann – so das Ziel – wird im Anschluss verstärkt auf eine bürgernahe und lesefreundliche Wortwahl geachtet.

Einen besonderen Stein des Anstoßes stellt für die CDU-Fraktion die Gender-Sprache dar, die z.B. auf der Homepage des Kreises Pinneberg Verwendung findet: Dort ist nämlich von Mitarbeiter*innen oder Bürger*innen die Rede. Wer sich ein eigenes Bild machen möchte: Bei Allris „*“ suchen: Mitteilungen, Protokolle etc. Bisher sind das Gendersternchen oder der Genderdoppelpunkt nicht von den geltenden Rechtschreibregeln gedeckt.

Offizielle Schreiben von Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen haben sich aber an die Rechtschreibnormen zu halten. Man kann nicht einfach schreiben, wie man will. Auch Ersatzformulierungen, damit man ja kein generisches Maskulinum verwendet, sind häufig schlichtweg falsch oder unsinnig: So wird aus dem „Autofahrer“ der „Autofahrende“, was aber nur Sinn ergibt, wenn die Person tatsächlich gerade in diesem Moment mit dem Auto fährt. Sobald aber die Ampel auf Rot springt, wird aus dem „Autofahrenden“ der „Vor-der-Ampelstehende-Nicht-Fahrende“!

In der Presse habe ich ein interessantes Statement unserer Gleichstellungsbeauftragten gelesen. Sie sagte: „Sprache ist immer im Wandel. Sie verändert sich ebenso wie die Gesellschaft.“ Damit hat Frau Frahm absolut Recht: Sprache wandelt sich stetig. Sie irrt sich jedoch darin, dass dieser Satz kein Argument für, sondern gegen die Gender-Sprache ist. Denn Sprache verändert sich langfristig in einem gesellschaftlich-kulturellen Prozess, also von „unten“ und nicht durch Zwang von „oben“. Das Volk, die Bürgerinnen und Bürger prägen Sprache und nicht die Verwaltung oder der Staat. Alle Versuche in unserer jüngeren Geschichte,

den Sprachwandel durch den Staat durchzusetzen, sind Gott sei Dank gescheitert. Aber warum erfreut sich die Gendersprache bei der Verwaltung und einigen Kreisen so großer Beliebtheit?

Hinter der Gender-Sprache steckt ein Weltbild, das Menschen in bestimmte Kategorien wie Geschlecht oder sexuelle Orientierung einsortiert. Allgemeine Formulierungen sollen nicht mehr ausreichen, jede einzelne geschlechtliche Identität muss sichtbar werden, da sich möglicherweise eine Gruppe ansonsten nicht angesprochen oder gar diskriminiert fühlt.

Durch die Gender-Sprache wird also bewusst das Trennende, die Unterschiede in unserer Gesellschaft betont. Sprache hat aber genau die gegenteilige Aufgabe: Sie soll nicht trennen oder spalten, sondern die Menschen zusammenführen, verbinden und einen.

Gender-Sprache ist nicht inklusiv und integrierend, sondern exklusiv und ausgrenzend, indem sie völlig überflüssige Kommunikationsbarrieren aufbaut. Sie ist künstlich geformt und ideologisch motiviert – eine Sprache von abgehobenen Eliten, die mit vermeintlich salomonischer Weisheit und messianischem Sendungsbewusstsein unseren Bürgerinnen und Bürgern ihre Weltansicht aufzwingen wollen.

Dies führt mancherorts so weit, dass Studentinnen und Studenten, die in ihren Hausarbeiten nicht konsequent gegendert haben, mit Punktabzug rechnen müssen. Aber diese Entwicklung beschränkt sich längst nicht mehr nur auf Hochschulen, auch in anderen öffentlichen Einrichtungen oder in Verwaltungen wächst ständig der Komformitätsdruck auf „Nicht-Genderer“.



Wer standhaft bleibt, gilt schnell als rückständig, rückwärtsgewandt, gestrig oder gar als intolerant. Dabei sollte es doch den glühenden Gender-Verfechtern zu denken geben, dass fast Zweidrittel der Deutschen ihre Sprache ablehnt. Dies unterstreicht auch die Flut an Leserbriefen, die am Wochenende in der Presse zu lesen war. Bei der Gendersprache handelt sich um ein Konstrukt eines vermeintlichen Zeitgeistes, der nicht mit der Meinung der Mehrheitsgesellschaft übereinstimmt.

Da drängt sich doch die Frage auf: Warum soll man sich denn einer Sprache bedienen, die die Menschen nicht wollen? Sollen hier etwa die Bürgerinnen und Bürger bewusst erzogen werden? Ich denke: Lasst die Menschen doch einfach, wie sie sind! Sprache ist ein Kommunikations- und kein politisches Kampfmittel. Gender-Sprache wirkt auf viele belehrend, bevormundend und herablassend.

Man bekommt irgendwie immer das Gefühl,

man mache etwas falsch, wenn man nicht gendert. Ich selbst bin der Überzeugung, dass jeder sprechen soll, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Wer gendern möchte, soll dies nach Herzenslust tun. Aber dann bitte zu Hause, im Privaten oder im Freundeskreis. Schließlich leben wir in einem freien Land.

Als Deutschlehrer liegt mir natürlich unsere wunderschöne Sprache ganz besonders am Herzen. In meinen Augen gewinnt sie durch das Gendersternchen nicht gerade an Attraktivität, sondern wirkt eher unästhetisch, abschreckend und unnatürlich. So ist der glotale Stopp, auch Gender-Hicks genannt (wie bei Bürger*innen) eine Seltenheit in der deutschen Sprache und behindert den Redefluss: Wie z.B. in dem Satz: „Jede*r Lehrer*in lobt seine*n / ihre*n Schüler*in.“

Leicht geht das nicht über die Lippen! Oder? In Frankreich ist bereits ein erster Schritt getan. Dort wurde die Gendersprache abgeschafft. In den USA hingegen wuchs sie über Jahre an den Uni's und ist inzwischen fester Bestandteil einer wachsenden Cancel-Culture. Mit der Folge, dass die amerikanische Gesellschaft gespaltenen denn je ist. Wir müssen hier in Deutschland aufpassen, dass hier nicht eine ähnliche Entwicklung in Gang gesetzt wird.

Es lassen sich bereits einige beunruhigende Vorschläge finden. Beispielsweise heißt es im Leitfaden der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Schleswig-Holsteins:

Wörter können auch gehackt werden: Also anstelle einer weiblichen oder männlichen Endung soll ein X gesetzt werden: MitarbeitX statt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Statt „Mutter“ und „Vater“ könne doch auch von „Elternteil“ gesprochen werden. Da frage ich mich: Heißt es irgendwann nur noch „gebärendes Elternteil“ anstatt „Mutter“?

Manche finden diese ganze Debatte, das Gender-Thema völlig überbewertet. Warum sollen wir uns damit auseinandersetzen, fragen sie. Bestimmt auch der eine oder andere heute Abend. Ganz einfach: Weil hier eine Entwicklung im Gange ist, welche die Gesellschaft spaltet und irgendwann unumkehrbar ist und weil Gendersprache die Kommunikation behindert. Nicht alles, was gut gemeint ist, ist auch gut gemacht.

Es soll bitte nicht weiterhin heißen: „Deutsche Sprache – Schwere Sprache!“ Die Verwaltungssprache soll für jedermann, auch für Menschen mit Leseproblemen oder Sprachdefiziten, verständlicher werden. Manch einer tut sich vielleicht bildungsbedingt mit Sprache in Wort oder vor allem in Schrift schwer, oder lernt gerade als Zugezogener Deutsch, so dass ihm extra Steine in den Weg gelegt werden. Ich vermute mal, diese Gruppe ist sogar deutlich größer als jene, die durch die Verwendung gendergerechter Sprache sichtbar gemacht wird.

Eine Abkehr von der gendergerechten Sprache meint natürlich nicht, dass durchweg nur männliche Formulierungen vorherrschen. Ich selbst bevorzuge Doppelformen in Anreden oder Berufsbezeichnungen (Ärztinnen und Ärzte). Es geht hier schlicht um die Vereinfachung von Sprache, um Erleichterung der Kommunikation. Es geht darum, dass wir alle auch in Zukunft dieselbe – oder zumindest eine ähnliche Sprache sprechen.

Aus diesem Grund bitte ich Sie um Zustimmung für den vorliegenden Antrag.

Dr. Tobias Löffler: Meine Meinung

Fragwürdiges Demokratieverständnis von Rot-Grün

Zum Kreistag am 16.06.2021 stellte die CDU-Fraktion einen Antrag über die Zukunft der Behördensprache in der Kreisverwaltung. Insbesondere die aktuell viel diskutierte – und von großer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnte - Gendersprache sollte zum Erhalt der Sprachverständlichkeit nicht von der Verwaltung übernommen werden. Doch anstatt eine demokratische Diskussion mit abschließender Abstimmung zuzulassen, wollte Rot-Grün das Thema lieber durch einen sofortigen Verweisungsantrag ersticken.

Ausgerechnet Grüne und SPD, die den Kreistag immer wieder mit Anträgen regelrecht überfluten und jedes noch so marginale Thema qua Resolution o.ä. behandelt wissen wollen (selbst wenn das Thema nicht einmal relevant für den Kreistag ist), stellen sich den demokratischen Gepflogenheiten in den Weg. Nur, weil es sich um ein kontroverses Thema handelt? Zum Glück kam es anders: Zwar wurde der Antrag schlussendlich in die Fachausschüsse verwiesen. Doch die vorhergehende, knapp zweistündige Diskussion widerlegte die Behauptung von Rot-Grün, dass das Thema nicht in den Kreistag gehöre, es nicht relevant sei bzw. gar von der CDU für den Wahlkampf genutzt werde. Wann gab es zuletzt eine Kreistagsdebatte mit mehr Redebeiträgen? Selbstverständlich gehört dieses Thema, das wohl alle Abgeordneten und Verwaltungsmitarbeiter betrifft, in den Kreistag.



Dr. Tobias Löffler

In gewisser Weise kann der Feststellung, dass es wichtigere Themen gebe, sogar

zugestimmt werden. Daher auch das Ansinnen der CDU, sich mit dem Anliegen auseinanderzusetzen und es für die Zukunft verbindlich zu regeln. Nun sorgt Rot-Grün selbst dafür, dass wir uns länger als nötig hiermit beschäftigen.

Inhaltlich bot die Debatte im Anschluss an den vom CDU-Abgeordneten Martin Balasus eingebrachten Antrag keine nennenswerten Argumente gegen das Ansinnen der CDU. Mehr oder weniger plump wurde der Antrag mit Scheinargumenten und Pauschalisierungen abgetan: Wer gegen Gendern sei, sei gegen Geschlechtervielfalt. Die CDU spiele Minderheiten gegeneinander aus. Natürlich durfte auch der obligate AfD-Vergleich nicht fehlen. Die Debatte, nicht das Thema, schade dem gesellschaftlichen Klima. Woher kommt eigentlich die Überzeugung einzelner Abgeordneter von SPD und Grünen, eine Position der moralischen Instanz innezuhaben, mit der darüber bestimmt werden darf, welche Debatten zulässig sind? Geradezu ironisch, dass nach dieser Salve von Unterstellungen dann ausgerechnet Rot-Grün eine angeblich beleidigende und populistische Debatte beklagte und prompt die Rednerliste schließen wollte.

Und die Bürger? Eindeutige Umfragen, die den Wunsch des CDU-Antrages nach einer einfachen, verständlichen und nicht gegenderten Sprache belegen, wurden einfach abgetan; ebenso wie zahlreiche Zuschriften an die lokalen Presseorgane. Vielmehr kam wiederholt zum Ausdruck, dass die Bevölkerung noch überzeugt werden müsse und „Zeit brauche“.

Bürgerbeteiligung scheint bei SPD und Grünen nur dann gewollt zu sein, wenn diese die eigenen Vorstellungen unterstützt. Schlimmer noch: Der latente Vorwurf an die Mehrheit der Bürger, dem als alternativlos dargestellten, vermeintlich progressiven Konzept des Genderns nicht folgen zu können, könnte kaum von einer größeren Abgehobenheit zeugen.

Als Abgeordneter der CDU-Fraktion kann ich am Ende nur feststellen, dass mit dem Antrag ein Nerv getroffen wurde und eine – dann hoffentlich inhaltlich geprägte – Diskussion zu begrüßen ist. Die Sommerpause dürfte allen Fraktionen Gelegenheit bieten, sich mit entsprechenden Argumenten zu beschäftigen.

Dr. Tobias Löffler

Presse-Information

Neue Schnellbuslinie Wedel-Pinneberg-Garstedt

Die CDU-Kreistagsfraktion zeigt sich zufrieden mit der Absicht des Kreistages, eine neue Schnellbuslinie von Wedel über Pinneberg nach Garstedt einzurichten. „Die neue Tangente ist eine wertvolle Ergänzung zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV im Kreisgebiet und stellt einen wichtigen Lückenschluss im Busnetz dar,“ erklärt Torsten Hauwetter, verkehrspolitischer Sprecher der Christdemokraten.

Der Kreistag habe in seiner jüngsten Sitzung im Nachtragshaushalt die erforderlichen Mittel für den Ausbau des ÖPNV bereitgestellt. Im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr habe die Kreisverwaltung mitgeteilt, dass für die Septembersitzung des Ausschusses eine entsprechende Beschlussvorlage vorgesehen sei, so Hauwetter. Als Pinneberger Kreistagsabgeordneter freue er sich auch, dass durch



Torsten Hauwetter

diese Linie das neue Gewerbe- und Wohngebiet sowie die Internationale Schule auf dem Gelände der ehemaligen Eggerstedt-Kaserne an den ÖPNV angebunden werden solle.

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann, die in Pinneberg und einst in Wedel lebte, begrüßt die geplante Verbindung zwischen diesen beiden großen Städten im Kreis Pinneberg. Die neue Linie trage auch der gestiegenen Bedeutung Norderstedts mit seinen vielen Arbeitsplätzen Rechnung. Eine große Zahl Kreis-Pinneberger sei dort beruflich tätig. Dass auch Tangstedt und Hasloh angebunden werden sollen, dürfte auch in diesen Gemeinden mit Freude aufgenommen werden.

Burkhard E. Tiemann, Pressesprecher

Splitter aus dem Kreistag zur „Gender-Debatte“

Leonie Beers (Grüne): Wir Grünen werden nicht zustimmen, weil der Antrag (verständliche Behördensprache) respektlos ist gegenüber vielen Minderheiten.

Jannik Thiel (SPD) kritisiert den MdB Michael von Abercron (CDU), der sich in der Presse zur Gendersprache geäußert hatte: „Eine bestimmte Gruppe von Sprache auszuschließen ist unlogisch“.

Hannes Birke (SPD) moniert, dass der Kreispräsident die Debatte über den Antrag zugelassen hat, obwohl der Ältestenrat sich darauf verständigt habe, dass die CDU den Antrag einbringe und er dann ohne Redebedarf in den Hauptausschuss verwiesen werden solle: „Der KP übt sein Amt parteiisch aus“

(Anmerkung der Redaktion: Es waren Frau Beers (Grüne) und Herr Thiel (SPD), die sich nicht an die Vereinbarung hielten und die Debatte eröffneten).

Thomas Giese (Grüne): Es ist unmöglich, dass Herr Balasus um Zustimmung für den CDU-Antrag bittet, obwohl wir uns im Ältestenrat auf den Verweisungsantrag verständigt haben.

Burghard Schalhorn: Wenn der Kreispräsident dem Wunsch des Ältestenrats stattgegeben hätte, das Thema gleich vom Tisch zu nehmen, hätte ich es besser gefunden. Dann hätte ich mich nicht geäußert. Jetzt bringe ich meinen ganzen Beitrag.

Sonja Wehner (CDU): Es gibt in Deutschland ca. 0,2 % Diverse und ca. 0,12 % Transsexuelle, aber mehr als 25 % Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund. Deren ohnehin vorhandene Schwierigkeiten werden durch die Gendersprache noch verstärkt.

Jens Petersen (FDP): Die Grünen sagen immer, man solle auf die Bürgerinnen und Bürger hören. Das scheint aber nur für Themen zu gelten, die von den Grünen befürwortet werden.

Kerstin Seyfert (CDU): Ich lasse mich gern auch unter „Kollegen“ subsumieren. Ich brauche hinten kein „Innen“. Die Mehrheit der Deutschen lehnt die Gendersprache ab.

Burkhard E. Tiemann (CDU): Kein Mensch würde von Geisel:Innen sprechen oder von Teufel:Innen oder von Engel:Innen. Und beim Hacken (am Ende ein X anstatt des Geschlechts) wird es noch kurioser: Wenn man den Plural von Hexen und Hexer meint und dann HexX schreibt, dann vergewaltigt man nicht nur die deutsche Sprache, man macht sich auch lächerlich.

Tinka Frahm (Gleichstellungsbeauftragte): Nennen Sie eine unverheiratete Frau noch Fräulein? Sprache verändert sich eben. Oder nutzen Sie noch Worte wie „Heureka“ und „Knorke“?

Sonja Wehner (CDU) (Zwischenruf): Ja. Ich finde „Knorke“ Knorke!

Marianne Kolter (Linke): Ich verwehere mich schärfstens gegen die Behauptung von Herrn Schalhorn, den Linken und Grünen sei der Verstand abhanden gekommen.

Jens Petersen (FDP): Meine Mutter hat 5 Jahre lang den Betrieb allein führen müssen – nicht, weil sie es wollte, sondern weil sie als Frau ihren Mann stehen musste.

Victoria Kuczka (SPD): Ich weiß nicht, ob es Minderheiten weh tut, wenn sie sprachlich nicht mit eingeschlossen werden. Aber ich glaube es. Ich glaube auch einem Mann, dass es ihm weh tut, wenn er einen Schlag in die Eier kriegt, obwohl ich nicht weiß, wie das ist.

Helmuth Jahnke (SPD): Ich bin kein Freund des Gendersternchens, und ich werde es auch nie werden. Es ist aber überflüssig, diesen Antrag zu stellen, weil es verbindliche Richtlinien für Verwaltungen gibt.

Kerstin Seyfert (CDU): Die Verwaltung hätte die Politik gleich ins Boot holen sollen. Dann hätten wir uns die Debatte heute sparen können.

Aus dem Land

Gesundheitsminister Garg beim LKT

Anlässlich der Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages sprach der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren mehr als eine Stunde zu den Delegierten über die Corona-Krise. U.a. sagte Garg, dass wir lernen müssten, mit der Pandemie zu leben. Der Impfortschritt werde sich hoffentlich positiv entwickeln. Garg zeigte sich optimistisch, dass wir zwar noch ein Stück des Weges gehen müssten, das Allerschlimmste aber hinter uns gelassen hätten. Wir alle könnten stolz darauf sein, was wir in Schleswig-Holstein geleistet hätten. Er dankte allen Behörden sowie Kommunalpolitikerinnen und -politikern für das unglaubliche Engagement: „Wir alle haben einen entspannten Sommer verdient.“

Sparkasse Holstein und Sparkasse Südholstein wollen fusionieren

Die Verwaltungsräte der Sparkasse Holstein und der Sparkasse Südholstein sind in den Fusionsprozess eingestiegen. Die finale Entscheidung liegt bei den Trägern, den Zweckverbänden beider Sparkassen, die voraussichtlich im zweiten Quartal 2022 über die Fusion entscheiden werden. Die CDU-Kreistagsfraktion stellt 3 Mitglieder in diesem Gremium: Birte Glißmann, Kai Sibbert und Burkhard E. Tiemann.

Die konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Kunden ist das Ziel beider Sparkassen. Sie streben an, ein starker Partner für die boomende nördliche Metropolregion Hamburg, für die Menschen im Trägergebiet, den Mittelstand und die Immobilienwirtschaft zu sein.

Alle Filialstandorte sollen erhalten bleiben, und es solle keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Die geplante Fusion stelle eine äußerst begrüßenswerte Maßnahme zur Stärkung der regionalen Wirtschaft dar. Die Argumente seien so überzeugend, dass der Verwaltungsrat (Kerstin Seyfert und Helmuth Ahrens für die CDU) dem Einstieg in die Vertiefungsphase der Fusion einstimmig zugestimmt habe, so der Verwaltungsratsvorsitzende, der Segeberger Landrat Jan Peter Schröder:

In dieser Rubrik stellt der NewsLetter die bürgerlichen Mitglieder der CDU vor. Sie setzen sich mit viel Engagement und Sachverstand für ihre jeweiligen Fachbereiche ein und sind unverzichtbare Stützen der CDU-Fraktion. Heute erfahren Sie mehr über:



Oliver Kusber

wurde 1966 in Hamburg geboren. Aufgewachsen ist er in Wedel, wo er von 1972 – 1978 die ABC-Schule und 1978 - 1983 die EBS besuchte.

1994 erlangte er die Fachhochschulreife in Hamburg, und von 1994 bis 1997 besuchte er die Fachhochschule Hamburg mit dem Abschluss als Dipl. Verwaltungswirt. In der Zeit zwischen 1984 und 1986 machte er eine Ausbildung für den mittleren Dienst bei der Polizei. 1994 – 1997 absolvierte er sein Studium zum Kommissar.

Nach seinem Eintritt in die CDU 2009 war sein politischer Werdegang geprägt durch seine Mitgliedschaft in der Kreistagsfraktion. So wurde er 2010 stellvertretendes bürgerliches Mitglied im Jugendhilfeausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung. 2013 wurde er dann bürgerliches Mitglied in diesem Ausschuss und im selben Jahr stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Rettungsdienst-Kooperation in Schleswig-Holstein (RKISH). Außerdem ist er seit 2013 im Aufsichtsrat der Rettungsdienst gGmbH sowie in der Mitgliederversammlung des Vereins Naherholung im Umland Hamburg e.V.

Bürgerliches Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Pinneberger Kreistages ist er seit 2020. Darüber hinaus ist er in der Wedeler Ratsfraktion seit 2017 als stellvertretendes bürgerliches Mitglied im Sozialausschuss tätig.

Seine politischen Schwerpunkte liegen – auch bedingt durch seinen beruflichen Werdegang – in Sicherheits- und Ordnungsfragen, bei denen die Fraktion regelmäßig von seinem großen Fachwissen profitiert. Neben seiner kommunalpolitischen Tätigkeit engagiert Oliver Kusber sich für die DLRG Wedel u.a. als Zugführer des Wasserrettungszuges des Kreises Pinneberg. Für sein bürgerschaftliches Engagement wurde er 2013 mit der Einsatzmedaille Fluthilfe der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Seine Hobbies sind Lesen, Schwimmen, Urlaub in den Alpen und Politik. Der Einzug in den Pinneberger Kreistag ist sein angestrebtes politisches Ziel.

Herzlichen Glückwunsch

Während im Mai kein einziges Mitglied der fünfunddreißigköpfigen Kreistagsfraktion Geburtstag hatte, waren es im Zeitraum von Anfang Juni bis Anfang Juli gleich acht Kolleginnen und Kollegen, die ihren Ehrentag feiern konnten:



Klaus Schröder



Jörn A. Kruse



Kai Sibbert



Martina Kaddatz



Dr. Tobias Löffler



Michael Kissig



Susanne Müller



Martin Balasus

Die CDU-Kreistagsfraktion gratuliert allen nachträglich sehr herzlich.

Mögen sie auch im neuen Lebensjahr viel Freude und Erfolg in der Kommunalpolitik haben.

TERMINE:

Der NewsLetter wünscht allen Leserinnen und Lesern im Namen der CDU-Kreistagsfraktion schöne Ferien und gute Erholung.

Montag, 02.08.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstands

Mittwoch, 04.08.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion

Donnerstag, 05.08.2021, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren

Montag, 09.08.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstands

Dienstag, 10.08.2021, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr

Mittwoch, 11.08.2021, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses

Mittwoch, 11.08.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion

Donnerstag, 12.08.2021, 18.30 Uhr:
Sitzung des des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung

Montag, 16.08.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstands

Dienstag, 17.08.2021, 18.30 Uhr:
Sitzung des des Finanzausschusses

Mittwoch, 18.08.2021, 18.00 Uhr:
Sitzung des Kreistages

Donnerstag, 19.08.2021, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses

Die Sitzungen werden voraussichtlich wieder als Präsenzsitzungen durchgeführt. Sollte es zu Änderungen kommen, werden wir dies im nächsten NewsLetter mitteilen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag
Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, B. E. Tiemann
Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de
www.cdu-kreistag-pinneberg.de